



10. Juni 2016

Ausgabe 06/2016

Liebe Genossinnen und Genossen,
 liebe Freunde,

Demokratie und Freiheit sind hohe Güter, die wir schätzen müssen. Leider muss ich diesen Satz schreiben, da dies gerade in letzter Zeit verstärkt unterlaufen wird. In Dortmund haben Neonazis versucht, unser Miteinander zu stören. Das haben sie nicht geschafft. Die Feste in der Innenstadt haben stattgefunden und viele haben sich dem Demonstrationsaufruf des Arbeitskreises gegen Rechtsextremismus angeschlossen. Klares Signal dabei: In unserer bunten Stadt haben Nazis keinen Platz!

Zurück in Berlin musste ich schockiert Berichte von Abgeordneten hören, die persönlich bedroht und beleidigt wurden. Hintergrund ist die Armenien-Resolution, die der Bundestag vergangene Woche beschlossen hat. Angestachelt durch Äußerungen des türkischen Staatschefs Erdogan missachten einige unsere demokratischen Regeln und wollen Abgeordnete samt deren Angehörigen unter Druck setzen. Aber das lassen wir uns nicht bieten. Wer unsere türkischstämmigen Kolleginnen und Kollegen im Bundestag bedroht, bedroht uns alle. Wir zeigen daher Solidarität und stellen uns hinter sie. Mit allen Möglichkeiten, die im Rahmen der Gesetze zur Verfügung stehen, werden wir darauf reagieren.

Fördersystem für Erneuerbare Energien wird umgebaut

Bisher erhalten Betreiber von Erneuerbaren-Energien-Anlagen feste Fördergelder pro eingespeiste Kilowattstunde. Diese laufen Ende des Jahres aus. Aus diesem Grund brauchen wir ein neues Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG).

Hintergrund ist, dass unser Strom heute zu 33 % aus regenerativen Energien kommt. Das zeigt, dass wir unser Ziel von 45 % in 2025 erreichen werden. Das zeigt aber auch, dass die Erneuerbaren Energien mittlerweile der stärkste Pfeiler auf dem Strommarkt sind. Zudem sind sie wettbewerbsfähig. Staatliche Förderungen können daher abgebaut werden, das bremst auch die steigenden Stromkosten ab.

Die größte Neuerung ist, dass die Fördersummen nicht mehr durch die Politik vorgegeben, sondern ab 2017 durch Ausschreibungen ermittelt werden

Kontakt

Berliner Büro

Tel.: 030 227-78494

Fax: 030 227-76496

sabine.poschmann
 @bundestag.de

Wahlkreis Büro

Tel.: 0231 286 786 18

Fax: 0231 286 786 16

sabine.poschmann.ma04
 @bundestag.de

www.sabine-poschmann.de

<https://www.facebook.com/sabine.poschmann.1>

Links

<http://www.spdfraktion.de/>

<http://www.bundestag.de/>

<http://www.spd.de/>

sollen. Derjenige, der am günstigsten und effektivsten anbietet, bekommt den Zuschlag für eine bestimmte Strommenge und kann die Anlage zu den vereinbarten Bedingungen bauen und betreiben. Pilotverfahren haben gezeigt, dass die Förderkosten dadurch sinken, aber die Wirtschaftlichkeit erhalten bleibt.

Die Ausschreibungen gelten für neue Windkraft- und Solaranlagen. Ausgenommen sind Kleinanlagen (bis 750 Kilowatt). Diese bekommen weiterhin feste Fördersätze. Um Bürgergenossenschaften gegenüber großen Anbietern besserzustellen, müssen sie keine emissionsschutzrechtlichen Genehmigungen vorlegen. Damit sparen sie hohe Vorlaufkosten. Große und kleine Betreiber sollen mit diesen Maßnahmen im Markt gehalten werden.

Der Gesetzentwurf wird in der kommenden Sitzungswoche in der ersten Lesung beraten. Zudem finden Berichterstattergespräche und eine Anhörung statt. Wir versuchen das Gesetz vor der Sommerpause abzuschließen, damit das Verfahren nicht noch weiter verzögert wird und die CDU/CSU nicht mit weiteren Forderungen um die Ecke kommt. Das Gesetz soll Anfang 2017 in Kraft treten.

Ein- und Ausbaurkosten – Mehr Rechtssicherheit für das Handwerk

Handwerker dürfen nicht auf den Ein- und Ausbaurkosten sitzen bleiben, wenn die fehlerhafte Ware den Schaden verursacht. Ein Beispiel: Der Kleber, mit dem der Fliesenleger die Fliesen befestigt hat, ist nicht von guter Qualität. Der Handwerker muss deshalb nachbessern. Den Kleber bekommt er ersetzt, seine Arbeitskosten nicht. Diesen Missstand wollen wir ändern. Zahlen muss der, der für die mangelhafte Ware verantwortlich ist: der Händler oder der Hersteller.

Mit dem Gesetzentwurf, den wir heute im Bundestag in erster Lesung beraten haben, stellen wir uns auf die Seite des Handwerks und setzen eine weitere Forderung aus unserem Koalitionsvertrag um.

Um Handwerkern weitere Rechtssicherheit zu geben, setze ich mich für eine Ergänzung ein: Klauseln in den AGBs der Händler und Hersteller, mit denen sie die Kostenübernahme umgehen können, sollen unzulässig sein. Ich würde begrüßen, wenn die CDU/CSU uns und das Handwerk bei dieser Forderung unterstützt.

Die Milchpreise sind im Keller

Von den Molkereien bekommen die Milchbauern teilweise nur noch 20 Cent pro Liter. Sie bräuchten allerdings mindestens 40 Cent je Liter, um ihre Kosten zu decken. Viele stehen daher vor der Aufgabe ihres Hofes.

Grund für die niedrigen Preise ist das weltweite Überangebot an Milch. Trotz der zurückgegangenen Nachfrage aus China und Russland haben die Bauern ihre Produktion nicht reduziert. Aber auch die Tiefpreis-Mentalität der Discounter und wir Verbraucher sind verantwortlich für die aktuelle Situation.

Um den Bauern zu helfen, fand in der vergangenen Woche ein Milchgipfel statt. Die Ergebnisse sind allerdings enttäuschend. Die von Landwirtschaftsminister Schmidt zugesagten 100 Millionen Euro sollen nach dem Gießkannenprinzip verteilt werden und lösen das strukturelle Problem der Überproduktion nicht. Gefragt ist grundsätzlich eine europäische Strategie. Betrieben, die sich akut in einer Schieflage befinden, muss allerdings schnell geholfen werden. Für sinnvoll halten wir daher Stundungen bei Krediten oder angepasste Zinssätze. Die SPD-Fraktion setzt sich zudem dafür ein, dass die Verhandlungsposition der Landwirte gegenüber den Molkereien gestärkt wird, damit ein echter Wettbewerb stattfinden kann. Daher fordern wir eine freie und faire Vertragsgestaltung.

Wenn wir Milchfabriken verhindern und unsere gewachsene Kulturlandschaft mit den kleinen und mittleren Höfen erhalten wollen, müssen wir effektive Lösungen zur nachhaltigen Mengenreduktion und für faire Preise finden.

Mitte Juli treffen sich die Landwirtschaftsminister der Länder erneut, um über konkrete Maßnahmen zu diskutieren.

„Jugend und Parlament“ – Besuch aus Dortmund

Hosam al Najjar – ein Flüchtling aus Syrien – und ich hatten uns im Februar kennengelernt, als er mit der Anne-Frank-Gesamtschule im Bundestag zu Besuch war. Er war so interessiert an Politik, dass ich ihn zum Planspiel „Jugend und Parlament“ des Deutschen Bundestag einlud. Letztes Wochenende schlüpfte er also für vier Tage in die Rolle eines Abgeordneten – als einer von 315 Jugendlichen bundesweit. Der 18-jährige nahm als einziger Flüchtling an dem viertägigen Programm teil.

Ich nutzte die Gelegenheit seines Aufenthalts und sprach mit ihm über seine bisherigen Erfahrungen. Hosam berichtete, dass er viel Spaß daran hatte, mit den anderen Jugendlichen an eigenen Gesetzentwürfen zu arbeiten. In Syrien konnte er sich nicht so sehr für Politik begeistern. Dort war die Meinung vorgegeben. Umso mehr wünscht er sich für seine Heimat eine Zukunft, in der wieder miteinander diskutiert und nicht geschossen wird. Er hofft, dass Terror und Gewalt bald durch Demokratie und Mitbestimmung abgelöst werden. Der Schüler will sich in Zukunft auf jeden Fall politisch engagieren – egal, ob in Syrien oder in Deutschland.

Antrag zum Völkermord an Armeniern

Wie bereits zu Anfang berichtet, haben wir einen fraktionsübergreifenden Antrag von SPD, CDU/CSU und Grünen beschlossen, der die Vernichtung und Vertreibung von mehr als einer Million Armenier durch das damalige Osmanische Reich im Jahre 2015 thematisiert.

Das Thema wurde seit langem im Bundestag debattiert und nun konnten wir uns zum ersten Mal parteiübergreifend auf eine Formulierung einigen. Es geht in dem Antrag nicht um eine einseitige Anklage – auch nicht an die heutige türkische Regierung. Es geht uns darum, dass die Ereignisse vollständig aufgearbeitet werden und dass man sich für eine Versöhnung zwi-

schen der Türkei und Armenien einsetzt. Dazu fordern wir die Bundesregierung auf, dieses mit den ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu unterstützen.

Wir haben uns mit diesem Antrag dem Urteil der weitaus überwiegenden Zahl von Historikern und Völkerrechtlern angeschlossen, die die damaligen Geschehnisse als Völkermord an den Armeniern einstufen. Gezielt wurden Hunderttausende Armenier durch Massaker und Todesmärsche getötet. Eine Mitschuld an den schrecklichen Ereignissen trägt auch das damalige Deutsche Reich, da es trotz zahlreicher Informationen nichts unternommen hat, um die Vernichtung zu stoppen. Auch auf diese Mitschuld haben wir im Antrag hingewiesen.

Die Ausbildungssituation konnte weiter verbessert werden

Jugendliche haben derzeit gute Chancen, einen Ausbildungsplatz zu finden. Das zeigt der aktuelle Bildungsbericht, der diese Woche im Plenum diskutiert wurde. Rein rechnerisch standen im vergangenen Jahr 100 suchenden Jugendlichen 104 Stellen gegenüber. Trotzdem blieben 20.700 Bewerber ohne Ausbildungsplatz und 41.000 Stellen unbesetzt. Oft liegt es an den Interessen der Jugendlichen oder daran, dass der Ausbildungsplatz zu weit weg ist. Hakt es allerdings bei der Bewerbung oder dem Finden von Plätzen, gibt es Hilfe im Rahmen von Bundesprogrammen wie der „Assistierten Ausbildung“. Hier bekommen Jugendliche auch Unterstützung während der laufenden Ausbildung.

Etwas Abwechslung in meinen Politikalltag hat in dieser Woche eine Gruppe der AWO gebracht. Wir haben nicht nur ein Stündchen über Politik diskutiert, sondern bei einer Bötchenfahrt auch mal alltägliche Dinge besprochen.

Jetzt geht es erst mal wieder nach Hause, bevor der Endspurt vor der Sommerpause beginnt. Dort könnt ihr mich bei Fußballturnieren in Sölderholz, Wickede und Kirchderne, beim Stadtbezirksfest der AWO oder beim Sommerfest in der Nordstadt treffen.

Sonnige Tage wünscht euch

Sabine